Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5053

25. 06. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Mehl, Michael Müller (Düsseldorf), Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/1391 –

Beendigung der Waffenerprobung und Schießübungen im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, alle Arten der Waffenerprobung und Schießübungen im Bereich des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer umgehend einzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, in dem Gebiet würden nur gelegentlich und mit geringer Intensität Schießübungen durchgeführt. Es gebe keinen Hinweis, daß das Gebiet dadurch maßgeblich beeinflußt werde.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrages.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/1391 abzulehnen.

Bonn, den 22. Mai 1996

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hans Peter Schmitz (Baesweiler) Vorsitzender	**Kurt-Dieter Grill** Berichterstatter	**Ulrike Mehl** Berichterstatterin	**Vera Lengsfeld** Berichterstatterin
	Dr. Rainer Ortleb Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Ulrike Mehl, Vera Lengsfeld und Dr. Rainer Ortleb

I.

Der Antrag auf Drucksache 13/1391 wurde in der 77. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 1995 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

Verteidigungsausschuß:	Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS
Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus:	Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. sowie des Mitglieds der Gruppe der PDS

II.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, alle Arten der Waffenerprobung und Schießübungen im Bereich des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer umgehend einzustellen. Die sofortige Einstellung der militärischen Nutzung des Wattenmeers sei nicht nur aus ökologischen Gründen zwingend, sondern auch um die Akzeptanz für den Naturschutz und die Glaubwürdigkeit des staatlich-behördlichen Naturschutzes zu erhöhen.

III.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 22. Mai 1996 beraten.

Von seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde ausgeführt, wie der Bestand seltener Arten in diesem Gelände zeige (z. B. Lachseeschwalbe), könnten die dort vorgenommenen Schießübungen und Waffenerprobungen in ihrem bisherigen geringen Umfang beibehalten werden. Weder von den umliegenden Bürgern noch von den Touristen werde in großem Umfang über eine derartige Nutzung des Gebietes Klage geführt. Von daher lehne man den Antrag ab.

Von seiten der Fraktion der F.D.P. wurde darauf hingewiesen, Truppenübungsplatz sei nicht die korrekte Bezeichnung für das, was in diesem Gebiet passiere. Dort würden vielmehr gelegentlich mit geringer Intensität Schießübungen durchgeführt. Es gebe keine Hinweise, daß das Gebiet dadurch maßgeblich beeinflußt werde.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ausgeführt, es gebe wesentlich kostengünstigere Möglichkeiten, Naturschutzgebiete zu sichern als ausgerechnet dort Truppenübungsplätze zu unterhalten. Man spreche sich entschieden dafür aus, die Schießübungen und Waffenerprobungen in diesem Gebiet umgehend zu beenden. Angesichts des unverminderten Artenschwundes und nur 2 % Flächenanteil der Naturschutzgebiete in Deutschland sei es ein Unding, diese Gebiete nicht von militärischer Nutzung freizustellen.

Von seiten der Gruppe der PDS wurde ausgeführt, man halte in einem derartigen Gebiet auch geringfügiges Schießen für unangebracht. Die Betroffenen hätten deutlich gemacht, daß sie das Schießen nicht als geringfügig betrachteten.

Von seiten der Antragsteller wurde festgestellt, in Schleswig-Holstein werde über dieses Thema heftig diskutiert. Quer durch die politischen Gruppierungen bis auf wenige Ausnahmen einzelner Personen sei man sich dort einig, daß Schießübungen in dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer nicht stattfinden dürften. Es finde dort auch keine Waffenerprobung, sondern eine Erprobung von Treibsätzen statt. Dies erfolge durch eine private Firma. Experten hätten ausgesagt, daß das, was dort erprobt werde, auch durch völlig andere Verfahren (z. B. durch Simulation) erfolgen könne. Eine Beendigung dieser Übungen sei somit durchaus möglich.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/1391 abzulehnen.

Bonn, den 24. Juni 1996

Kurt-Dieter Grill	**Ulrike Mehl**	**Vera Lengsfeld**	**Dr. Rainer Ortleb**
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333